

# INFORMATIONEN

## zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1977 – Dezember

### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Berichtszeitraum, d.h. in den letzten drei Monaten, hat sich die konjunkturelle Tendenz fortgesetzt, die sich schon im zweiten Halbjahr 1976 abgezeichnet hatte. Wirtschaftliches Wachstum, Industrieproduktion und industrielle Auftragseingänge zeigen, daß die Wirtschaft der BRD gegenwärtig mit wenigen Schwankungen stagniert. Erstmals seit dem Ende der zyklischen Wirtschaftskrise zum Jahreswechsel 1975/76 ist die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht zurückgegangen.

Daraus darf jedoch nicht auf einen unmittelbar bevorstehenden Konjunkturerinbruch geschlossen werden. Die Entwicklung aller wichtigen Nachfragegrößen – Investitionen, privater Verbrauch, öffentlicher Verbrauch und Export – hat sich zwar verlangsamt, ein Rückschlag ist jedoch noch nicht zu erwarten.

Die Ursache für den Übergang in die Stagnation ist oberflächlich in der Entwicklung des Exports zu suchen. Obwohl noch immer auf hohem Niveau verharrend, obwohl noch immer hohe Exportüberschüsse erwirtschaftet werden, hat sich das Expansionstempo stark abgeschwächt.

Damit ist die einseitig auf den Export ausgerichtete Strategie von Unternehmen und Bundesregierung an ihre Grenzen gestoßen. Ihre Rechnung ist nur teilweise aufgegangen: Zwar hat der Außenhandel einen wesentlichen Beitrag zur Belebung der Produktion geleistet, doch nur auf Kosten der inländischen Nachfragefaktoren. Die „Sparpolitik“ der öffentlichen Haushalte, die zurückhaltende Lohnpolitik, die staatlich geförderte Rationalisierung haben gleichzeitig mit der Steigerung der Auslandsnachfrage die Expansion des inneren Marktes behindert.

Nun, da die Ausdehnung des Außenhandels an ihre Grenzen gestoßen ist, fehlt der konjunkturellen Entwicklung die solide Basis einer gesicherten Inlandsnachfrage.

Die Steuermaßnahmen der Bundesregierung haben zumindest teilweise das Ziel, die inländi-

sche Nachfrage zu stützen. Ihr Ansatzpunkt ist jedoch nach wie vor das Profitinteresse der Unternehmen, nicht die Kaufkraft der privaten Nachfrage. Denn selbst die steuerlichen Entlastungen, die an den Löhnen und Gehältern ansetzen, zielen in Wirklichkeit stärker auf eine Verbesserung der Kostensituation der Unternehmen als auf eine Verbesserung der realen Konsumkaufkraft. Die Diskussion über die laufenden und bevorstehenden Lohntarifrunden stehen erneut unter dem Motto „Maßhalten“. Ziel ist eine kräftige Senkung der Abschlüsse im Vergleich zum Vorjahr, wobei der Hinweis auf die Steuermaßnahmen als Hebel dienen soll. Da die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Verschiebung der Rentenanpassung im kommenden Jahr den geringen positiven Effekten der „Steuerpakete“ entgegenwirkt, würde ihre Berücksichtigung in den Lohnverhandlungen per Saldo zu einer Verschlechterung der Nachfragesituation führen. Trotz der Steuermaßnahmen müßten die effektiven Lohnerhöhungen 1977/78 etwa in der Größenordnung von 10 Prozent liegen, sollen die Arbeitseinkommen real nur im Ausmaß des für 1978 erwarteten Wirtschaftswachstums (rund 4 Prozent) steigen.

Vom „Sachverständigenrat“ wird in seinem neuen Gutachten sogar eine reale Lohnreduktion gefordert: entgegen den gesetzlichen Bestimmungen werden direkte Lohnempfehlungen ausgegeben. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die „5 Weisen“ sich in der Beschränktheit ihrer interessengebundenen Positionen selbst gefangen haben: schließlich wurden ihre Vorschläge in der Vergangenheit weitgehend durchgeführt: mit dem Ergebnis stagnierenden Wirtschaftswachstums und steigender Arbeitslosigkeit. Es bleibt ihnen also nur die Selbstkritik oder die „Flucht nach vorn“: nämlich alle wissenschaftlichen Rücksichten fallenzulassen und sich einen „Sündenbock“ in Gestalt der Gewerkschaften zu suchen.

Alle zum Jahresbeginn geäußerten Erwartungen hinsichtlich eines langsamen Abbaus der Arbeitslosigkeit wurden über den Haufen geworfen. Währenddessen – nach 4 Jahren Massenarbeitslosigkeit – verharret die Bundesregie-

rung beschäftigungspolitisch in unerträglicher Untätigkeit und hofft – wider alle Vernunft – auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“. Doch selbst eine kräftige und dauerhafte Konjunkturbelebung, eine Rückkehr zu den Wachstumsraten der sechziger Jahre, würde nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit völlig zu beseitigen. Es bleibt daher nur der Schluß übrig, daß Unternehmer und Bundesregierung die Dauerarbeitslosigkeit akzeptiert haben und mit ihr leben wollen.

#### INHALT:

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.5 Außenhandel

#### 2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

## 1.1 Sozialprodukt

Das wirtschaftliche Wachstum hat sich, gemessen am Bruttosozialprodukt (BSP), in der BRD im Jahre 1977 zunehmend verlangsamt. Um die Jahresmitte herum dürfte es sogar in die Stagnation übergegangen sein, die bis in die unmittelbare Gegenwart hinein noch nicht überwunden werden konnte. Die Zuwachsraten im Jahresvergleich sind daher stark zusammengeschrumpft.

An dieser Entwicklung haben alle Bereiche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage teilgenommen. Bei einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von rund 3 Prozent im ersten Halbjahr 1977 ist der private Verbrauch – verlangsamt – nur noch um real 2,5 Prozent angestiegen. Noch deutlicher hat sich der öffentliche Verbrauch verlangsamt, der in diesem Zeitraum keine Zunahme verzeichnete.

Getragen vor allem durch Ersatzinvestitionen, haben die Anlageinvestitionen überproportional um real 4,6 Prozent zugenommen, wobei allerdings gegenüber dem Vorjahr ebenfalls eine Verlangsamung zu registrieren ist. Zudem wird hier für das 2. Halbjahr mit einer kräftigen Reduktion der Zuwachsraten auf 1,5 Prozent gerechnet.

Noch am stärksten war der Exportzuwachs mit 4,9 Prozent, allerdings ebenfalls deutlich geringer als im Vorjahr.

### Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik

	In jeweiligen Preisen Mrd. DM	In % <sup>1</sup>	In Preisen von 1970 Mrd. DM	In % <sup>2</sup>
1970	685,6	+13,3	529,4 <sup>2</sup>	+5,8
1971	761,9	+11,1	545,2 <sup>2</sup>	+3,0
1972	834,6	+ 9,5	564,0 <sup>2</sup>	+3,4
1973	920,1	+11,2	763,0	+4,9
1974	986,9	+ 7,3	765,7	+0,4
1975	1031,1	+ 4,5	746,8	-2,5
1976	1124,9	+ 9,1	789,1	+5,7
1977 <sup>3</sup>	1200,5	+ 6,5	811,0	+3,0
1. Hj.	565,6	+ 6,5	389,5	+3,0
2. Hj. <sup>3</sup>	634,5	+ 7,0	421,5	+2,5

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> In Preisen von 1962

<sup>3</sup> Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/77, 11d.; DIW-Wochenbericht 42-43/77, S. 372)

Zwischen dem ersten Halbjahr 1974, dem Höhepunkt vor dem vollen Ausbruch der Wirtschaftskrise und dem ersten Halbjahr 1977, also innerhalb von drei Jahren, hat das BSP real nur noch um 4,5 Prozent zugenommen.

Das „Herbstgutachten“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober dieses Jahres rechnet auch für 1978 mit keiner Beschleunigung der jährlichen Wachstumsraten: es ist eine Zunahme von 3 Prozent prognostiziert. Der „Sachverständigenrat“ spricht von 3,5 Prozent.

Wie wenig aber von diesen Prognosen zu halten ist, zeigt ein Rückblick:

### Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für 1977

	Wachstumsrate des BSP <sup>1</sup>
Herbst 1976	+5,5 %
Frühjahr 1977	+4,5 %
Herbst 1977	+3,0 %

<sup>1</sup> In Preisen von 1970

(Quelle: DIW-Wochenberichte, 11d.)

### Veränderung der Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+6,3	+3,6	+6,3	+4,6	+1,5	+2,0	+2,4	-0,2	-1,1
Grundstoffe und Produktionsgüter	+6,5	+4,3	+4,2	+0,9	-0,8	+0,3	-0,7	-2,7	-3,2
Investitionsgüter	+8,4	+5,4	+9,8	+8,8	+3,6	+3,3	+7,5	+3,5	+2,0
Verbrauchsgüter	+8,5	+2,9	+6,3	+5,3	+3,9	+4,3	+1,7	-0,5	-5,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/77, S. 65<sup>1</sup>)

Ein Blick auf die wichtigsten Industriezweige zeigt, daß es noch immer große Differenzen zwischen den einzelnen Branchen gibt. Im wesent-

Voraussichtlich wird die Wachstumsrate 1977 etwa die Hälfte der im Herbst 1976 prognostizierten ausmachen. Die bürgerliche Konjunkturprognose ist also trotz riesiger technischer Aufwendungen noch nicht einmal in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung auf weniger als ein Jahr auch nur einigermaßen korrekt abzuschätzen.

Das spricht allerdings nicht nur gegen die Qualität der Prognostik, sondern zeigt auch, wie wenig beeinflussbar der kapitalistische Wirtschaftsablauf tatsächlich ist. Wirtschaftliche und technologische Entscheidungen von allergrößter Tragweite für Jahrzehnte müssen getroffen werden, ohne die Rahmendaten auch nur für ein Jahr absehen zu können. Was zeigt den überlebten Charakter dieser Wirtschaftsordnung deutlicher als der Widerspruch zwischen einer Technologie, die teilweise jahrzehntelange Vorausplanungen erfordert und einer Produktionsweise, die noch nicht einmal Jahresprognosen erlaubt!

## 1.2 Produktion

Die Wachstumsverlangsamung und der Übergang zur Stagnation zeichnet sich besonders deutlich an den Wachstumsraten der industriellen Produktion ab. Im Zeitraum August/September lag die Produktion – saisonbereinigt – sogar um 1,5 Prozent unter dem Ergebnis vom Juni/Juli 1977 und um etwa 0,5 Prozent unter dem der Monate August/September 1976.

### Produzierendes Gewerbe<sup>1</sup>

	Index (1970=100)	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitions- güter	Verbrauch- güter
1970	100,0	+5,9	+ 4,6	+8,7	+2,9
1971	101,5	+1,6	+ 0,5	-0,9	+4,0
1972	106,2	+4,5	+ 5,2	+2,8	+6,3
1973	112,8	+6,2	+ 9,7	+7,9	+2,6
1974	110,5	-2,0	- 0,5	-3,1	-4,4
1975	103,6	-6,2	-12,4	-4,3	-5,1
1976	110,7	+6,9	+10,3	+7,0	+7,0
1977 <sup>2</sup>	113,5	+2,5	-	-	-

<sup>1</sup> Industrieproduktion einschließlich Bergbau und Energiewirtschaft, in Prozent geg. Vorjahr

<sup>2</sup> Eigene Schätzung auf Grundlage der ersten 9 Monate

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/77, S. 65<sup>1</sup>)

Der Index der Industrieproduktion liegt im Jahre 1977 mit etwa 113,5 (Basis: 1970 = 100) nur ganz geringfügig über dem Stand von 1973 (112,8), also dem Produktionshöhepunkt vor der Krise. Betrachtet man die letzten vier Jahre insgesamt, so hat die Industrieproduktion in diesem Zeitraum stagniert, eine Entwicklung, die noch Anfang der siebziger Jahre kaum für möglich gehalten worden wäre. Das „Nullwachstum“ ist also – allerdings ganz unbeabsichtigt – Realität geworden.

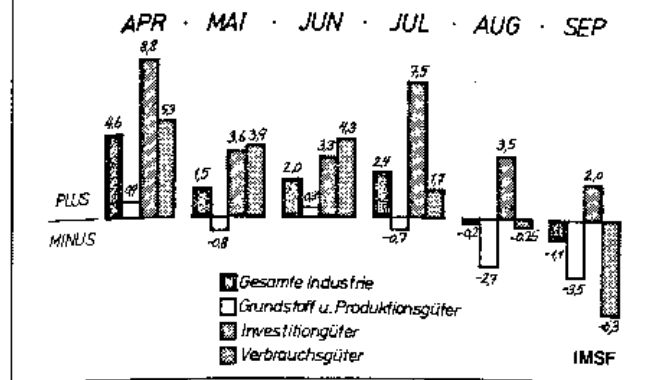
Die Entwicklung der letzten Monate läßt sogar einen erneuten Rückgang der Produktion im zweiten Halbjahr 1977 gegenüber dem Vorjahr möglich erscheinen.

Zwar sind die Jahresvergleichszahlen von 1977 nicht voll aussagekräftig, da die Neuberechnung zum Jahresanfang statistische Verschiebungen mit sich brachte. Auch werden die Zahlen oft noch nachträglich korrigiert – so sind die Wachstumsraten von Januar bis Mai noch einmal durchweg nach unten verändert worden. Trotzdem ist die Tendenz zur Stagnation deutlich sichtbar.

chen aber hat sich die Abschwächungstendenz überall, auch in den Wachstumsbranchen, durchgesetzt.

## Nettoindustrieproduktion

Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahr



### Veränderung der Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen gegenüber dem Vorjahr in Prozent<sup>1</sup>

	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,2
Eisenschaffende Industrie	- 4,2	- 2,0	- 8,3	-10,9
Chemische Industrie	- 1,9	+ 1,4	- 0,4	- 2,9
Maschinenbau	- 5,4	- 3,0	+ 1,5	+ 0,5
Straßenfahrzeugbau	+ 7,5	+ 9,2	+15,1	+ 0,8
Elektrotechnik	+ 6,7	+ 3,6	+ 8,9	+ 9,6
EDV-Geräte	+16,4	+24,6	+57,9	+35,3
Textilgewerbe	- 5,2	- 3,1	-13,4	+ 5,9
Bekleidungsgewerbe	- 7,0	- 5,5	- 6,5	- 2,8
Bauhauptgewerbe	- 0,5	+ 2,7	+ 2,5	- 1,3

<sup>1</sup> Kleinere Differenzen zu anderen Tabellen infolge unterschiedlicher Berechnungszeitpunkte  
(Quelle: Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) 10/77)

Herausragend aus der allgemeinen Tendenz ist vor allem die Büromaschinenindustrie (EDV-Anlagen), die offensichtlich von der Büro-rationalisierung profitiert. Auch die elektrotechnische Industrie wird noch von dieser Entwicklung begünstigt. Allerdings ist die Auftragsentwicklung für diese Branche in den letzten Monaten ungünstiger geworden – vor allem infolge rückläufiger Auslandsaufträge. In den ersten 8 Monaten hat der Auftragseingang real um 5,4 Prozent unter dem gleichen Vorjahresstand gelegen.

Die Automobilindustrie gehört ebenfalls noch zu den expansiven Bereichen, obwohl die Zuwachsraten sich insgesamt deutlich vermindert haben. Die Autokonjunktur wird maßgeblich durch den PKW-Bereich getragen, der Nutzfahrzeugbereich dagegen ragt nicht aus der allgemein gedämpften Konjunkturentwicklung heraus.

In allen anderen wichtigen Branchen ist die Situation unverändert gedrückt. Die chemische Industrie stagniert ebenso wie der Maschinenbau. Die Stahlindustrie und der Kohlebergbau verzeichnen leichte Produktions- und Auftragsrückgänge, auch die Bauwirtschaft ist aus den Minuszahlen noch nicht heraus.

Bei insgesamt gedrückter Situation sind aber in keinem Bereich dramatische Veränderungen zu erwarten. Es deutet nichts darauf hin, daß die Stagnationsphase in der nächsten Zeit überwunden werden kann; es gibt jedoch auch keine Anzeichen für eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation.

### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (1)	Investitions- güter (1)	Verbrauch- güter (1)	(2)	(2)
Mai	+ 2,9	+ 1,1	-5,5	-3,7	+10,9	+ 6,9
Juni	+ 0,8	- 0,7	-5,6	-3,3	+ 5,1	+ 1,2
Juli	-18,5	-19,5	-7,0	-4,1	-29,1	-31,7
August	- 1,9	- 3,2	-3,7	-0,8	- 4,8	- 8,1
Sept.	- 2,2	-	-2,6	-	- 2,1	-

(1) Wertindex; (2) Volumenindex  
(Quelle: Monatsbericht des BMWi, 10/77)

Auch die Auftragseingänge unterstreichen das Bild einer stagnierenden Entwicklung mit deutlichen Branchendifferenzierungen und geringen Schwankungen der Entwicklung nach oben und unten.

In saisonbereinigter Betrachtung schwanken die Auftragseingänge leicht von Monat zu Monat, zeigen seit März aber keine zunehmende Tendenz mehr. Real ist also insgesamt ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der bis in die unmittelbare Gegenwart hinein anhält.

Obwohl die Auftragseingänge aus dem Ausland noch immer auf einem Niveau liegen, das weit über dem der Inlandsaufträge liegt, hat sich der Auftragseingang aus dem Ausland in den letzten Monaten doch stark abgeschwächt. Dagegen weisen die Inlandsaufträge eher leicht nach oben.

### Auftragseingänge in Prozent gegenüber dem Vorjahr<sup>1</sup>

	Verarbeitendes Gewerbe insges.	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitions- güter	Verbrauch- güter
Inland				
Mai	+ 0,1	-8,2	+ 7,9	- 0,2
Juni	+ 2,3	-5,4	+ 9,0	+ 3,0
Juli	- 2,3	-9,8	+ 2,1	+ 2,0
August	+ 1,0	-6,1	+ 2,3	+10,8
Sept.	+ 0,5	-4,2	+ 5,6	- 1,9
Ausland				
Mai	+ 9,7	+2,3	+15,4	0,0
Juni	- 2,7	-4,8	- 2,0	- 0,8
Juli	-43,2	+1,6	-55,7	- 5,4
August	- 9,3	+3,5	-16,6	+10,4
Sept.	- 8,1	+2,4	-13,0	- 2,8

<sup>1</sup> Wertindex

(Quelle: Monatsbericht des BMWi, 10/77)

Allerdings muß bei diesen anscheinend bedeutenden Differenzen zwischen Inlands- und Auslandsentwicklung berücksichtigt werden, daß sie wesentlich auf den Bereich der Investitionsgüter zurückgehen. Dort aber hatte es in den Monaten Juni bis August 1976 außergewöhnliche Auftragsprünge nach oben gegeben, die mit einigen ausländischen Großaufträgen zusammenhingen. Diese Sprünge machen sich nun in den Jahresvergleichszahlen negativ bemerkbar. Tatsächlich findet also lediglich eine gewisse Anpassung der ausländischen Auftragsentwicklung an die Inlandsituation statt.

Immerhin zeigen die Zahlen jedoch, daß die Expansionskraft des Exports in Zukunft nachlassen wird, ohne daß von der Inlandsentwicklung zum Ausgleich stärkere Impulse als bisher zu erwarten sind. Die fast ausschließlich auf den Export gerichtete wirtschaftliche Strategie von Bundesregierung und Unternehmern ist an ihre Grenzen gestoßen.

## 1.3 Investitionen

Obwohl sich im ersten Halbjahr 1977 die Investitionstätigkeit nicht ganz so stark verlangsamt hat wie das Wirtschaftswachstum insgesamt, ist die lange erwartete Investitionsbelebung noch immer nicht eingetreten.

### Gesamtwirtschaftliche Anlageinvestitionen

	In jeweiligen Preisen Mrd. DM	In % <sup>1</sup>	In Preisen von 1970 Mrd. DM	In % <sup>2</sup>	Investitions- quote in % <sup>3</sup>
1973	225,4	+5,2	191,7	+0,8	25,1
1974	216,4	-5,0	172,6	-9,9	22,5
1975	214,5	-0,9	165,4	-4,2	22,1
1976	232,9	+8,5	173,7	+5,0	22,0
1977 <sup>3</sup>	248,5	+6,5	178,5	+3,0	22,0

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Anteil der Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt

<sup>3</sup> Schätzung des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/77, S. 565; DIW-Wochenbericht 42-43/77, S. 372)

Seit etwa 1973 ist auch in der Zusammensetzung der Investitionen eine tendenzielle Veränderung sichtbar: Der Anteil der Ausrüstungs-investitionen, d.h. Maschinen usw., steigt, der Anteil der Bauinvestitionen ist dagegen rückläufig.

Das hängt teilweise mit der nachlassenden Wohnungsbautätigkeit zusammen, spiegelt aber auch die größere Bedeutung der Rationalisierung wider. Denn Erweiterungsinvestitionen sind meist mit Neubauten

verbunden, während bei der Rationalisierung der Bauanteil bedeutend geringer ist.

#### Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Anlage-Investitionen in Prozent

	Ausrüstungen <sup>1</sup>	Bauten
1973	37,7	62,3
1974	37,6	62,4
1975	39,4	60,6
1976	40,2	59,8
1977 <sup>2</sup>	40,5	59,5

<sup>1</sup> Maschinen usw.

<sup>2</sup> Schätzung des Herbstgutachtens (Quelle: ebenda)

Im Vordergrund der Investitionstätigkeit steht nach wie vor das Rationalisierungsziel. Nach der letzten Befragung des Ifo-Instituts vom Oktober werden auch 1978 47 Prozent aller Investitionen der Kostensenkung dienen, nur 17 Prozent sind primär mit dem Ziel der Kapazitäts-erweiterung geplant.

Der hohe Anteil der Rationalisierungsinvestitionen in der Industrie spiegelt jedoch insgesamt keine auffallende Beschleunigung der Rationalisierungstätigkeit wider. Der Umfang der Rationalisierungsinvestitionen hat nur wenig zugenommen. Auffallend ist vor allem der absolute Rückgang der Erweiterungsinvestitionen.

#### Investitionen der Industrie nach Zielsetzung in Mrd. DM<sup>1</sup>

	Erweiterung	Rationalisierung	Ersatzbeschaffung	Kapazitätsauslastung in %	Zum Vergleich: Bruttolöhne <sup>2</sup>
1969	16,5	11,5	3,1	89,7	+ 7,3
1970	20,0	12,3	4,0	90,8	+11,6
1971	17,6	12,6	5,8	87,5	+ 5,5
1972	12,8	14,1	5,8	85,6	+ 3,6
1973	13,0	13,3	5,4	86,7	+ 5,1
1974	9,9	13,1	6,0	81,7	+ 3,8
1975	6,5	13,6	7,1	77,1	+ 0,8
1976	6,6	12,4	8,6	81,7	+ 3,0
1977 <sup>2</sup>	7,2	12,3	9,2	82,7	+ 3,0

<sup>1</sup> In Preisen von 1970

<sup>2</sup> Schätzungen des Ifo-Instituts

<sup>3</sup> Reale Bruttolöhnerhöhung je Beschäftigten in %, lt. Sachverständigenrat (Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 9/77, Sonderbeilage; Sachverständigengutachten 1976/77, S. 67)

Ein direkter Zusammenhang zwischen Investitionstätigkeit und Lohnentwicklung ist selbst dann nicht zu erkennen, wenn man die Zahlen des Sachverständigenrates für die Löhne benutzt, die die Lohnsteigerungen überzeichnen. Es sind im Gegenteil die Jahre mit hohen Lohnsteigerungen auch die Jahre mit den größten Erweiterungsinvestitionen, während die Jahre mit den niedrigsten Lohnerhöhungen auch Jahre der Investitionstiefpunkte sind.

Auch ein Zusammenhang zwischen Rationalisierungstätigkeit und Lohnhöhe ist nicht zu erkennen. Seit etwa 1961/1962 ist die absolute Höhe der jährlichen Rationalisierungsinvestitionen fast unverändert geblieben – sie schwankt seither um 12 bis 14 Milliarden DM (in Preisen von 1970).

Damit entlarvt sich die Behauptung von den zu hohen Löhnen als Ursache der Rationalisierungstätigkeit auf der einen und der „Investitionsmüdigkeit“ auf der anderen Seite als reine Zweckpropaganda. Obwohl sich die Lohnposition der Arbeiter auch nach den Zahlen des Sachverständigenrates seit 1975 verschlechtert hat, folgte darauf weiterhin bemerkenswerter Rückgang der Rationalisierungsinvestitionen noch ein wesentlicher Anstieg der Erweiterungsinvestitionen. Dagegen ist ein Zusammenhang zwischen Kapazitätsauslastung und Erweiterungsinvestitionen eher anzunehmen. Wenn dieser Zusammenhang auch wechselseitig sein dürfte – eine hohe Kapazitätsauslastung bewirkt eine zunehmende Investitionstätigkeit, die wiederum die Kapazitätsauslastung günstig beeinflusst –, so ist doch offensichtlich, daß dieser Prozeß nicht einfach durch Lohnsenkungen in Gang gebracht werden kann: diese verschlechtern nämlich bekanntermaßen die Absatzmöglichkeiten und drücken so auf die Kapazitätsauslastung.

Während zwischen 1973 und 1975 die Erweiterungsinvestitionen um die Hälfte zurückgingen, nahmen die Auslandsinvestitionen eine gegenläufige Entwicklung.

#### Inlands- und Auslandsinvestitionen der Industrie

	Veränderung der Investitionen <sup>1</sup> im Jahresdurchschnitt 1973–75 gegenüber 1970–72 in %	Inland	Ausland
Industrie insgesamt	– 6	– 6	+ 57
darunter:			
Chemische Industrie	– 4	– 4	+ 65
Elektrotechnik	+11	+11	+ 14
Eisen und Stahl	–18	–18	+272
Automobilindustrie	–22	–22	+ 43
Maschinenbau	–11	–11	+ 84
Textil- und Bekleidung	–38	–38	+ 26
Nahrungs- und Genußmittel	– 2	– 2	+ 63

<sup>1</sup> Die Inlandsinvestitionen erfassen die gesamten Brutto-Anlageinvestitionen, die Auslandsinvestitionen dagegen nur den Teil, der direkt von der BRD transferiert wird, also nicht die Reinvestition von Gewinnen. Die Differenz dürfte tatsächlich also noch größer sein. (Quelle: Ifo-Schnelldienst, 5/77, S. 10)

Vor allem die Entwicklung in der Stahlindustrie läßt vermuten, daß die von einigen Konzernen ausgewiesenen Verluste auf die Bemühung zurückzuführen sind, freiwerdendes Kapital ins Ausland zu verschieben. Dieser Prozeß hält an.

#### 1.4 Geld- und Kapitalmarkt<sup>\*</sup>

Die konjunkturelle Verlangsamung während dieses Jahres spiegelt sich eindeutig auch in der Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes wider.

#### Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1976 Dezember	1977 September	1976 Jahr	1. Vj.	1977 2. Vj.	3. Vj.
	Milliarden DM	Milliarden DM	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %			
Kredite an inländische Nichtbanken	992,0	1043,0	10,1	9,8	9,3	8,7
– Unternehmen und Private	769,2	809,6	9,4	9,4	9,3	9,0
– Öffentliche Haushalte	222,8	233,4	12,8	11,1	9,4	7,7
Netto-Auslandsforderungen	129,3	131,9	6,9	–0,8	–0,4	–2,7
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten <sup>1</sup>	589,3	628,1	11,0	9,1	8,4	5,5
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	216,8	218,2	11,6	10,3	10,6	7,8
Geldvolumen (M <sub>3</sub> )	532,0	546,6	8,4	9,2	7,8	9,4

<sup>1</sup> Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, hat sich der Zuwachs der Kredite an inländische Nichtbanken im Laufe der Zeit abgeflacht: betrug er 1976 noch 10,1 Prozent gegenüber 1975, so verminderte er sich im dritten Quartal 1977 auf 8,7 Prozent. Besonders deutlich war diese Entwicklung bei den Krediten an öffentliche Haushalte. Solche Kredite sind im dritten Vierteljahr 1977 nur um 7,7 Prozent gewachsen, während sie 1975, im Jahr der Rezession und der Politik des hohen Haushaltsdefizits, die das Ziel hatte, das Abrutschen der Rezession in eine schwerwiegende Wirtschaftskrise zu verhindern, um 38 Prozent und 1976 um fast 13 Prozent gestiegen waren. Die Kreditabschwächung ist das Resultat der Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die bis zum Sommer konsequent vorangetrieben wurde, ohne daß man sich um die Auswirkungen auf die Konjunktur und auf die Beschäftigung gekümmert hätte.

Bemerkenswert ist im dritten Quartal die scharfe Verlangsamung der Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten. Diese Position enthält außer den Sparbriefen und Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist die Termingelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber sowie

<sup>\*</sup> Der Abschnitt wurde von Walter Micheli verfaßt

die Bankschuldverschreibungen, die bei Nichtbanken abgesetzt worden sind, und wird als Ausdruck der langfristigen Sparbildung bei den Kreditinstituten betrachtet. Für die Verlangsamung sind in erster Linie die Spareinlagen verantwortlich; mit großer Wahrscheinlichkeit hat dabei die Herabsetzung des Sparzins eine wichtige Rolle gespielt. Innerhalb eines Jahres wurden die Zinssätze auf Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist um etwa 1 Prozentpunkt reduziert.

#### Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1976 1. Hj.	3. Vj.	1. Hj. 1977	3. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	16 676	6 398	6 334	10 636	5 280
Kommunalobligationen	21 123	12 290	4 984	7 972	3 727
Sonstige Bankschuldverschreibungen	10 608	6 492	3 032	5 172	3 235
Industrieobligationen	– 545	– 314	– 76	– 78	– 178
Ausländische Rentenwerte	1 354	907	356	2 701	826
Absatz = Erwerb insgesamt	49 213	25 773	14 630	26 403	12 890
darunter:					
Kreditinstitute	20 492	8 671	6 684	12 242	8 660
Inländische Nichtbanken	32 126	17 926	8 190	15 498	3 925

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte lfd.)

Der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ ist zu entnehmen, daß die Entwicklung am Kapitalmarkt in dieselbe Richtung fortschreitet, obwohl hier einige besondere Merkmale hervortreten. Im Zeitraum Januar–September 1977 ist der Absatz von inländischen Rentenwerten von 39 auf knapp 36 Milliarden zurückgegangen. Die Verminderung des Absatzes von öffentlichen Wertpapieren (Anleihen und Kommunalobligationen, die von Kreditinstituten zur Finanzierung von Gemeindevorhaben emittiert werden) wäre wohl deutlich größer gewesen, wenn die öffentlichen Haushalte nicht einen Teil ihrer kurzfristigen Verschuldung gegenüber den Banken durch die Emission von Schuldverschreibungen konsolidiert hätten; im ersten Halbjahr 1977 betrugen die Direktausleihungen der Kreditinstitute an öffentliche Haushalte nur 4,3 Milliarden, im Vergleich zu 14,6 Milliarden im gleichen Vorjahreszeitraum.

Im Zusammenhang mit den niedrigen Finanzierungsbedürfnissen der Unternehmen und der öffentlichen Hand und der hohen Liquidität, die das Wirtschaftssystem aufweist, zeigen die kurz- und langfristigen Zinssätze seit langem eine Abwärtstendenz.

#### Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite <sup>1</sup>	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse <sup>2</sup>
		in %	29. 12. 1972 = 100
1975			
1. Vj.	10,78	9,0	89,1
2. Vj.	9,41	8,4	94,2
3. Vj.	8,24	8,3	93,1
4. Vj.	7,65	8,4	98,3
1976			
1. Vj.	7,50	7,9	106,9
2. Vj.	7,20	7,8	104,1
3. Vj.	7,19	8,0	100,0
4. Vj.	7,20	7,5	95,1
1977			
1. Vj.	7,11	6,9	97,0
2. Vj.	6,91	6,2	101,8
3. Vj.	6,74	5,8	102,4

<sup>1</sup> Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte lfd.)

Die Kontokorrentzinsen auf Bankkredite von 1 bis 5 Millionen DM sind von 10,8 Prozent Anfang 1975 auf 6,7 Prozent im dritten Vierteljahr 1977 gesunken. Die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand sind in demselben Zeitraum von 9 auf 5,8 Prozent zurückgegangen, womit sie den tiefsten Stand seit Mai 1962 erreichten.

Am Aktienmarkt sind die Kurse, nachdem sie zwischen März 1976 und 1977 kontinuierlich und insgesamt um 12 Prozent gefallen waren, von März bis Oktober d. J. um 8 Prozent gestiegen. Es ist nicht einfach zu erklären, warum die Aktiennotierungen trotz der pessimistischen Prognose zur Wirtschaftsentwicklung in diesem und im nächsten Jahr ein günstiges Bild zeigen. Auf diese Problematik wird in einem späteren Beitrag eingegangen. Eines kann schon jetzt vorweggenommen werden: auf keinen Fall kann mehr von der Aktienbörse als einem Barometer des Wirtschaftsablaufs gesprochen werden. Ein Beispiel für das laufende Jahr sollte genügen: Die einzige hochentwickelte kapitalistische Wirtschaft mit relativ hoher Wachstumsrate ist die der Vereinigten Staaten, wo das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt um 5 Prozent steigen wird. Dort aber ist der Dow-Jones-Index der Aktienkurse seit Anfang des Jahres um 16 Prozent gefallen. In Großbritannien, wo für 1977 ein Zuwachs des BSP um 0,5 Prozent erwartet wird, sind die Aktiennotierungen seit Jahresbeginn um nicht weniger als 45 Prozent hochgeklattert.

Es scheint hier wichtig, auf die unterschiedliche Entwicklung auf dem primären und sekundären Kapitalmarkt und auf deren Wechselwirkung hinzuweisen. Zuerst eine Begriffserklärung: Unter primärem Kapitalmarkt ist der Absatz von neuen Schuldverschreibungen und Aktien zu verstehen, während als sekundärer der Börsenhandel mit schon in Umlauf befindlichen Wertpapieren gilt. Wie schon vorher dargelegt, war der Absatz an inländischen festverzinslichen Wertpapieren im Zeitraum Januar–September 1977 um 3,4 Milliarden geringer als im gleichen Vorjahreszeitraum. Auch der Absatz von Aktien lag etwas niedriger: 1,9 statt 2,1 Milliarden DM. Ein ganz anderes Bild zeigt sich auf dem sekundären Kapitalmarkt: bei den Rentenwerten sind die Börsenumsätze von 17,5 Milliarden im Jahre 1976 auf 29,2 Milliarden 1977 gestiegen; auch bei den Aktien haben die Börsenumsätze zugenommen, besonders kräftig im zweiten und dritten Quartal.

Die positive Entwicklung auf dem sekundären Kapitalmarkt ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: auf die sinkenden Zinssätze auf Bankeinlagen, den erhöhten Bruttodividendenrendite infolge der Körperschaftsteuerreform und die hohen verfügbaren Finanzmittel.

Besonders aktiv waren in diesem Jahr auf den Finanzmärkten die Großanleger (Versicherungsunternehmen und Investmentgesellschaften). Von dem gesamten Zuwachs an Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen wurden im ersten Halbjahr 1977 45 Prozent in Wertpapieren investiert, obwohl diese Anlageform nur ein Viertel der gesamten Vermögensanlagen dieser Unternehmen ausmacht. Bei den Investmentgesellschaften gab es im Zeitraum Januar–September eine Verdoppelung des Mittelaufkommens im Vergleich zu demselben Zeitraum des Vorjahres (von 2,5 auf 5,3 Milliarden), die es den Investmentgesellschaften ermöglichte, verstärkt auf dem Kapitalmarkt zu intervenieren.

Der freundliche Grundton am sekundären Kapitalmarkt wirkt im allgemeinen positiv auf den primären, da die rege Nachfrage nach Wertpapieren auf eine große Aufnahmebereitschaft des Marktes hindeutet, die aber für neue Emissionen nur dann benutzt wird, wenn der Wirtschaftsablauf zu einer höheren Investitionstätigkeit anregt oder die Konsolidierung der kurzfristigen Bankkredite durch Schuldverschreibungen angebracht scheint.

#### 1.5 Außenhandel

Seit etwa Mitte 1975 spielt der Warenexport für die Konjunktur der Bundesrepublik eine tragende Rolle. Obwohl die konjunkturelle Entwicklung der meisten Handelspartner der BRD noch langsamer verlaufen ist als in unserem Lande, hat sich die auf den Außenhandel gerichtete wirtschaftspolitische Strategie von Unternehmern und Regierung zumindest teilweise ausgezahlt: die Außenwirtschaft hat die schwache Inlandskonjunktur gestützt.

Allerdings wurde das Hauptziel nicht erreicht. Denn die Exportkonjunktur sollte als Initialzündung für eine expansive Gesamtentwicklung dienen. Die vergrößerte Auslandsnachfrage sollte die Produktion und die



Beschäftigung anregen, den Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten verbessern, neue Investitionen – auch Erweiterungsinvestitionen – nach sich ziehen und so eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung einleiten.

Zwar war der erste Schritt erfolgreich – die Exporte und auch der Exportüberschuß konnten erneut kräftig angehoben werden – allerdings nur mit Methoden, die die inländischen Auftriebskräfte negativ beeinflussen mußten. Der Druck auf Löhne und Gehälter bremste den Anstieg der Konsumnachfrage, die staatlich geförderte Rationalisierung setzte Arbeitskräfte frei, so daß die für den Export bestimmte Mehrproduktion ohne Neueinstellungen abgewickelt werden konnte. Die „Sparpolitik“ der öffentlichen Hand schließlich wirkte sich nicht nur negativ auf die Massenkaufkraft aus, sondern führte auch zu Nachfrageausfällen in der konjunkturell bedeutsamen Bauwirtschaft.

So konnte es nicht ausbleiben, daß der hohe Exportüberschuß der Bundesrepublik zum internationalen Ärgernis wurde. Er übte und übt zudem einen ständigen Aufwertungsdruck auf die DM aus mit dem Ergebnis, daß die exportfördernden Effekte der relativ niedrigen Inflationsraten der BRD durch Wechselkursänderungen zumindest teilweise kompensiert werden. Die Exportstrategie der Bundesrepublik mußte also an ihre Grenzen stoßen.

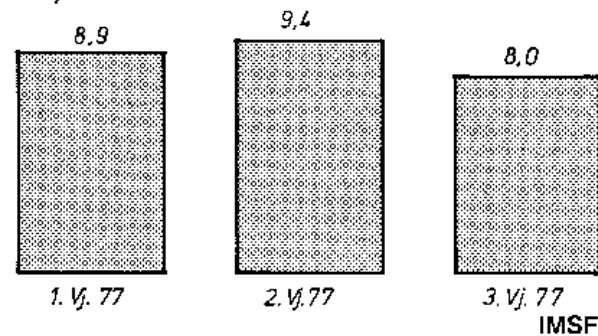
Dieser schon lange erwartete Zustand scheint nun eingetreten zu sein. Schon im ersten Halbjahr 1977 hat sich der Ausfuhrzuwachs deutlich verlangsamt, auch wenn seine Effekte insgesamt noch immer expansiv sind.

#### Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	Mrd. DM	% <sup>1</sup>	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
1975	221,6	- 3,9	184,3	+ 2,5	+37,3	-27,6
1976	256,6	+15,8	222,2	+20,6	+34,5	- 7,5
1977						
1. Vj.	66,6	+10,4	57,7	+11,4	+ 8,9	+ 4,7
2. Vj.	67,9	+ 8,1	58,5	+ 6,4	+ 9,4	+20,5
3. Vj.	65,3	+ 2,8	57,3	+ 4,0	+ 8,0	- 5,0

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/77, S. 652\*)

#### Außenhandel der BRD Exportüberschuß in Mrd. DM



Im September dieses Jahres war die Ausfuhr kaum noch höher als im gleichen Vorjahresmonat, der Exportüberschuß war sogar etwa eine Milliarde DM niedriger – allerdings absolut mit 3,7 Milliarden immer noch sehr hoch.

Die Entwicklung der Auslandsaufträge zeigt zudem, daß diese Tendenz zur Verlangsamung anhalten wird. Insgesamt wird sich die Warenausfuhr im zweiten Halbjahr 1977 an die verlangsamte konjunkturelle Entwicklung angepaßt haben, so daß zusätzliche expansive Impulse von daher nicht mehr zu erwarten sind.

Eine wesentliche Ursache dieser Entwicklung ist die international verschlechterte Konjunkturlage der kapitalistischen Länder. Infolgedessen hat der Welthandel im ersten Halbjahr volumenmäßig stagniert. Im zweiten Halbjahr ist zwar wieder eine Zunahme zu verzeichnen, doch wird die Zuwachsraten im ganzen Jahr 1977 nur zwischen 5 und 6 Prozent liegen – gegenüber 12 Prozent im Vorjahr.

Zudem hat sich – neben der bereits erwähnten Aufwertung der DM – in vielen Ländern die Tendenz zu Importbeschränkungen bemerkbar

gemacht. Der internationale Währungsfonds (IWF) hat sich deshalb in seinem diesjährigen Bericht veranlaßt gesehen, vor der Verschärfung handelsprotektionistischer Maßnahmen (d.h. vor Einfuhrbeschränkungen) zu warnen. So plant die USA z. B. Sonderzölle für Stahlimporte. Die Europäische Gemeinschaft traf im Juli und August neue Maßnahmen zur Beschränkung der Textilimporte. Diese Maßnahmen richten sich sowohl gegen Entwicklungsländer als auch gegen sozialistische Staaten. Österreich, immerhin an 7. Stelle der Exportländer der Bundesrepublik stehend, plant empfindliche Belastungen für seinen Import zum Schutze der Arbeitsplätze.

Wenn auch eine wesentliche Einschränkung des Welthandels – von Handelssperren wie in der Weltwirtschaftskrise 1929/1933 ganz zu schweigen – nicht zu erwarten ist, so können diese Bestrebungen doch auf längere Sicht erhebliche Behinderungen mit sich bringen: Ihnen wohnt eine Tendenz zur Beschleunigung und Verschärfung inne. Denn wenn ein Land beginnt, sich auf diese Weise vor Importdruck zu schützen, so bleiben Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder meist nicht aus. Diese aber rufen erfahrungsgemäß neue und schärfere Maßnahmen hervor.

Für die nächste Zeit muß jedenfalls damit gerechnet werden, daß der Export als „Konjunkturlokomotive“ seine Triebkraft verlieren wird. Daher ist damit zu rechnen, daß die wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen erneut, wie 1974/75, das „Ausland“ für die wirtschaftliche Stagnation verantwortlich machen werden.

Wie schon damals aber kann auch gegenwärtig der Hinweis auf „äußere“ Krisenfaktoren nicht überzeugen.

Einmal bewegt sich der Export nach wie vor auf einem hohen Niveau. Zum anderen aber hat die Bundesrepublik mit ihrer Restriktionspolitik im Inland – übrigens gegen den Protest internationaler kapitalistischer Gremien wie der OECD – selbst dazu beigetragen, das Ungleichgewicht im Welthandel erneut anschwellen zu lassen. Es war jedenfalls abzusehen, daß eine so einseitig auf den Export gerichtete Wirtschaftspolitik, wie sie die Bundesregierung und auch die Konzerne betrieben haben, früher oder später die Unsicherheiten des Welthandels und damit auch die Labilität der Inlandskonjunktur vergrößern mußten.

Die „Kehrseite“ des hohen Überschusses im Warenhandel ist der Kapitalexport, wobei vor allem die langfristigen Ausleihungen von Bedeutung sind.

#### Langfristiger Kapitalverkehr der BRD

	Saldo in Mrd. DM <sup>1</sup>
1971	+ 6,3
1972	+15,6
1973	+13,0
1974	- 5,8
1975	-16,8
1976	- 0,3
1977 <sup>2</sup>	- 8,1

<sup>1</sup> Differenz zwischen Kapitalexport ( ) und Kapitalimport ( = - )  
<sup>2</sup> Erstes Halbjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/77, S. 70\*)

Seit 1974 überwiegt im langfristigen Kapitalverkehr der Export von Kapital, wobei sowohl langfristige Kredite, Kauf von ausländischen Wertpapieren und Direktinvestitionen im Ausland eine Rolle spielen. Darin spiegelt sich sowohl das Bestreben wider, zunehmend Produktionen ins Ausland zu verlagern als auch die Tatsache, daß im Verhältnis zu den profitablen Inlandsanlagen zuviel Kapital existiert und daher im Ausland nach besseren Verwertungsmöglichkeiten gesucht wird. Zum Teil wird der Kapitalexport auch unmittelbar durch den Überschuß der Bundesrepublik im Warenhandel bestimmt: so wurden allein im April dieses Jahres von westdeutschen Geschäftsbanken 1,4 Milliarden DM an zahlungsbilanzschwache Länder ausgeliehen – natürlich zu einträglichen Zinsen.

Seit 1975 übersteigt auch der Umfang der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland die gleichartigen Kapitalimporte. Mitte 1977 waren in der BRD ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 47 Milliarden DM registriert, dagegen belief sich der Umfang der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland auf 49,6 Milliarden DM.

#### Direktinvestitionen im Ausland (Mrd. DM)

1972	1973	1974	1975	1976	1. HJ. 1977
2,82	5,64	4,53	5,23	5,10	2,6

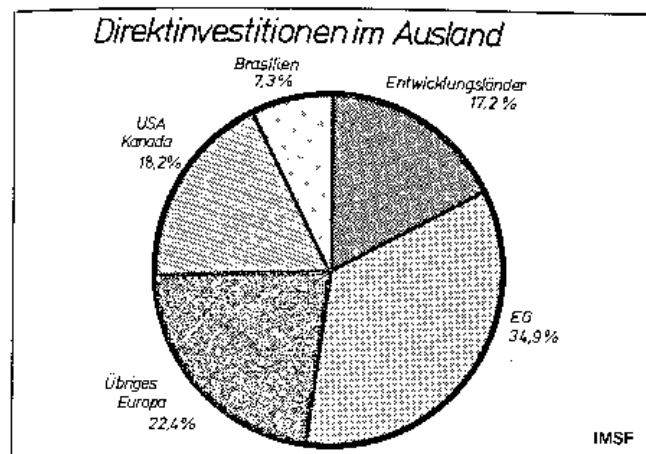
(Quelle: „Informationen ...“ 2/77; Handelsblatt v. 21./22. 10. 77)

Der Schwerpunkt der Direktinvestitionen der BRD liegt in den USA, wobei sich deren Position immer noch verstärkt. Im ersten Halbjahr flossen 52 Prozent der gesamten Mittel dorthin.

#### Zusammensetzung der Direktinvestitionen im Ausland<sup>1</sup> in Prozent

Regionen	Anteil in %	Branchen	Anteil in %
USA/Kanada	18,2	Chemie	18,7
EG	34,9	Elektrotechnik	10,5
Übriges		Banken/Versicher.	9,7
Europa	22,4	Maschinenbau	8,0
Brasilien	7,3	Eisen/Stahl	8,0
Übrige Welt <sup>2</sup>	17,2	Erdöl	6,4
		Automobile	6,2

<sup>1</sup> Bezogen auf den Stand Ende 1976 = 47,05 Mrd. DM Gesamtsumme  
<sup>2</sup> Entwicklungsländer  
(Quelle: Handelsblatt v. 7. 6. 77)



Verschieben hat sich die Zusammensetzung in den letzten Jahren vor allem – bezogen auf Regionen – zugunsten der USA, während der Anteil der „Entwicklungsländer“ eher noch leicht rückläufig ist. Neben Nordamerika sind die Hauptempfänger westdeutscher Direktinvestitionen vorwiegend die Nachbarländer der Bundesrepublik, wobei der Anteil der kleinen Länder auffallend groß ist. So befinden sich in den Benelux-Staaten fast 20 Prozent, in der Schweiz fast 10 Prozent der Mittel, während z. B. ganz Afrika kaum mehr als 5 Prozent vereinigt.

Getragen wird der Kapitalexport von den technologisch fortgeschrittensten Branchen der Chemie und Elektrotechnik. Nur 5 Branchen vereinigen auf sich über die Hälfte der Gesamtsumme. Da es sich dabei – mit Ausnahme des Maschinenbaus – auch um die Wirtschaftszweige mit dem höchsten Konzentrationsgrad handelt, kann daraus auf die beherrschende Rolle der Großkonzerne beim Kapitalexport geschlossen werden.

Wenn auch das Motiv „Niedriglohnländer“ für den Kapitalexport in einigen Branchen – so in der Textilindustrie – eine wichtige und für die Arbeitsplätze katastrophale Rolle spielt, so ergibt sich dessen Entwicklung doch aus der Tendenz zur Internationalisierung der Produktion zwischen den hochentwickelten Industrieländern. Auslandsinvestitionen sind dabei oft eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampf zwischen den großen internationalen Konzernen, deren Kapitalbasis aber meistens noch national ist.

## 2 Unternehmensgewinne und Konzentration

### 2.1 Unternehmensgewinne

Auch die Gewinnentwicklung ist durch die unerwartet schwache Konjunkturentwicklung ungünstig beeinflusst worden. Sie hat sich deutlich

verlangsamt, wobei allerdings die große Differenzierung zwischen den Branchen und zwischen den Unternehmen nicht übersehen werden darf.

#### Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen<sup>1</sup>

	1973	1974	1975	1976	1977 <sup>2</sup>	1. HJ.	2. HJ. <sup>3</sup>
Brutto	+ 7,5	+ 0,1	+3,3	+15,4	+5,0	+2,7	+ 6,5
Netto <sup>3</sup>	+ 3,2	+ 0,2	+5,8	+13,7	+1,0	-4,3	+5,5
Abschreibungen	+10,9	+12,0	+9,1	+ 7,4	+7,5	+7,6	+7,5
Nettoeinkommen							
und							
Abschreibungen	-	+ 4,6	+7,0	+11,2	+3,5	-0,6	+6,2

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Schätzungen des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute  
<sup>3</sup> Ohne Prämien aus der Investitionszulage  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/77, S. 569; DIW-Wochenbericht 42-43/77, S. 373)

Die Einbeziehung der Abschreibungen in die Betrachtung ist notwendig, da die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ erst nach Abzug der Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen berechnet werden. Sie sind also teilweise schon um die Inflationsrate bereinigt.

Zudem enthalten die Abschreibungen erhebliche versteckte Gewinnanteile. Zwar hat sich die Gewinnentwicklung im ersten Halbjahr 1977 verlangsamt. Allerdings täuschen die Zahlen der Tabelle: einmal enthalten sie die Geldzuflüsse aus der Investitionsprämie nicht, die unbedingt einbezogen werden müssen. Dann sind die „Gewinneinkommen“ des Staates noch nicht abgesetzt: der Staat hat aber negative „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“, weil er an die Banken Zinsen für aufgenommene Kredite zu zahlen hat.

Schließlich muß berücksichtigt werden, daß die Körperschaftsteuerreform, die 1977 in Kraft getreten ist, zunächst zu erhöhten Steuerabführungen der Unternehmen führt, obwohl sie insgesamt einen Entlastungseffekt von jährlich etwa 700 Millionen hat. Die von den Unternehmen abgeführten Steuern können im kommenden Jahr von den Aktionären von ihrer Steuerschuld abgesetzt werden, so daß die Entlastungseffekte erst im nächsten Jahr zu Buche schlagen.

Auch muß bedacht werden, daß die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ neben den echten Gewinnen auch Arbeitseinkommen von selbständigen Handwerkern, Kleingewerbetreibenden usw. enthalten. Deren Zahl aber nimmt rapide ab. Zwischen 1973 und dem ersten Halbjahr 1977 sank sie um 450 000 Erwerbstätige, das sind 10,8 Prozent der Selbständigen. Allein zwischen dem ersten Halbjahr 1976 und dem ersten Halbjahr 1977 sank sie um 3,2 Prozent. Daraus kann geschlossen werden, daß der Anteil der Arbeitseinkommen an den „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ rasch zurückgeht, die echten Unternehmensgewinne also rascher steigen als die Gesamtgröße.

Wie groß die Differenzierung zwischen den „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ auf der einen Seite und den echten Unternehmensgewinnen, vor allem den Gewinnen der großen Konzerne ist, zeigt ein Rückblick auf 1976.

#### Unternehmensgewinne 1976

	1975 Mrd. DM	1976 Mrd. DM	1976 In % geg. 1975
Dividenden von 1754 Aktiengesellschaften	5,79	8,81	+52,1
Jahresüberschüsse vor Steuern der 50 größten Industriekonzerne	15,69	23,23	+48,0
Jahresüberschuß vor Steuern von 17 000 Unternehmen nach Analyse der Bundesbank	93,2	112,0	+21,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/77, S. 582; Wirtschaftswoche 40/77, S. 38; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/77, S. 14)

Trotz der Verlangsamung werden die großen Gesellschaften auch 1977 überwiegend gute Gewinne machen und Zuwächse verzeichnen. Dazu gehören in erster Linie die Automobilkonzerne und die großen Unternehmen der Bauwirtschaft, die – bei immer noch gedrückter Baukonjunktur – Spitzengewinne verzeichnen.

Bezieht man die Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform ein, so werden vor allem die Aktionäre im laufenden Jahr deutlich höhere Erträge erhalten.

## Gewinne je Aktie in DM

	1975	1976	1977 <sup>1</sup>
<b>Automobile</b>			
BMW	10,4	23,0	29,5
Daimler	31,0	42,0	50,8
VW	V <sup>2</sup>	53,0	72,0
<b>Bauwirtschaft</b>			
Bilfinger & Berger	18,0	53,0	75,1
Hochtief	13,2	21,0	28,9
Holzmann	9,0	14,0	22,0
<b>Chemie</b>			
BASF	15,0	21,5	20,5
Bayer	8,5	15,0	16,7
Hoechst	11,0	18,0	18,5
<b>Elektro</b>			
AEV	V	4,5	5,0
BBC	29,0	28,5	32,4
Siemens	26,0	28,0	31,5
<b>Energie</b>			
RWE	17,0	20,0	22,2
Veba	4,5	11,0	10,5
VEW	13,0	14,5	16,2
<b>Stahl</b>			
Hoesch	V	V	V
Klößner	V	V	V
Mannesmann	47,5	33,0	33,4
Thyssen	11,5	10,5	11,6
<b>Maschinenbau</b>			
Babcock	21,0	22,0	24,5
GHH	11,0	14,5	17,4
Klößner-Humboldt	18,0	18,5	20,8
MAN	10,5	15,0	18,4

<sup>1</sup> Einschließlich Steuergutschrift (Körperschaftsteuereffekt)  
Schätzung der Analyse des Bankhauses Delbrück & Co  
<sup>2</sup> Es wurden Verluste ausgewiesen  
(Quelle: Handelsblatt v. 8. 11. 77)

Die absoluten Zahlen der Tabelle sind allerdings wenig aussagekräftig, auch sind Vergleiche zwischen den Gesellschaften nur wenig sinnvoll. Sie hängen zu stark von der jeweils unterschiedlichen Bilanzierungs- und Ausschüttungspraxis der jeweiligen Konzerne ab. Trotzdem wird deutlich, daß die Gesamtrendite der Gewinnentwicklung nach oben gerichtet ist, daß vor allem bei fast allen Gesellschaften ausreichende Mittel zur Gewinnausschüttung vorhanden sind.

Was die Unternehmen gegenwärtig mit dem Großteil der Erträge anfangen, das zeigt die Überschwemmung der Geld- und Kapitalmärkte und der hohe Kapitalexport. Genauere Informationen enthält eine Analyse der Landesbank von Baden-Württemberg, die die Jahresabschlüsse von 119 Aktiengesellschaften und 11 GmbHs untersucht.

Demnach stiegen die ausgewiesenen Jahresüberschüsse nach Steuern um 25,3 Prozent. Gleichzeitig erhöhten sich die Pensionsrückstellungen um etwa 25 Prozent – sie werden von den Unternehmen ja als „Lohnkosten“ bezeichnet, obwohl die Mittel voll den Unternehmen zur Verfügung stehen.

Während die Investitionen zu 95 Prozent aus den Abschreibungen finanziert werden konnten, erhöhten sich die flüssigen Geldmittel auf Konten usw. um 27,4 Prozent gegenüber 1975. Die Geldanlagen in Wertpapieren wuchsen sogar um 59,3 Prozent.

Wie die Situation auf den Finanzmärkten zeigt, setzt sich diese Entwicklung auch gegenwärtig fort. Günstige Erträge verschaffen den Unternehmen umfangreiche Finanzmittel, die jedoch nicht produktiv angelegt werden, weil infolge der unzureichenden Absatzlage Neuanlagen von produktivem Kapital keine ausreichenden Gewinne versprechen. Soweit diese Mittel nicht in den Luxuskonsum fließen – das ist nur ein geringer Teil –, werden sie in Form von fiktivem Kapital wie Aktien, Investmentzertifikaten, Anleihen und anderen Wertpapieren angelegt. Dabei werden auch die internationalen Geld- und Kapitalmärkte überschwemmt.

## 2.2 Konzentration

Das Jahr 1976 war sowohl hinsichtlich der Großfusionen als auch hinsichtlich der Zahl der Unternehmenszusammenbrüche das bisherige

Spitzenjahr. Der Konzentrationsprozeß hat sich also unmittelbar nach der zyklischen Wirtschaftskrise noch beschleunigt.

Auch aus den letzten Monaten sind wieder größere Fusionsvorhaben gemeldet worden. Dabei hat die größte Bedeutung der Fusionsvorgang in der Reifenindustrie, der vor allem von der Bayer AG vorangetrieben worden ist. Die Phoenix-Gummiwerke AG und die Continental-Gummiwerke AG werden fusioniert, wobei die Corona-Beteiligungsgesellschaft die Hauptanteile halten wird. Diese Holdinggesellschaft wird von der Bayer AG und der Deutschen Bank kontrolliert. Bayer hat an diesem Zusammenschluß besonderes Interesse, weil sie einmal als Hauptaktionär der Metzeler AG, der dritten großen Reifenfirma der BRD, die gesamte westdeutsche Reifenproduktion konzentrieren will, und zum anderen, weil sie als größter Synthesekautschukproduzent der Bundesrepublik sich einen sicheren Absatzmarkt schaffen möchte. Der Schritt zur „Deutschen Reifenunion“ dürfte also nicht mehr weit sein.

Wie Meldungen erkennen lassen, wird dieser Zusammenschluß wiederum eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen kosten: Wie das „Handelsblatt“ schrieb, ist „unübersehbar, daß die Fusion auch zur Sicherung nicht aller bestehender, aber doch möglichst vieler Arbeitsplätze von Conti und Phoenix beabsichtigt ist“ (27. September 1977).

Betroffen sind in den drei Gesellschaften insgesamt etwa 36 000 Arbeitsplätze, von denen ein erheblicher Teil dem Rationalisierungseffekt der Fusion zum Opfer fallen dürfte.

Interessant ist bei diesem Vorgang, daß die Beschlüsse dazu in den Vorständen von Bayer und der Deutschen Bank gefallen sind, die Geschäftsleitungen der betroffenen Gesellschaften selbst keine Entscheidungsbefugnisse haben.

Daran sollte gedacht werden, wenn Unternehmer im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Mitbestimmung wieder einmal die Einflüsse „betriebsfremder“ Funktionäre beklagen.

Bezeichnend am Rande: Während die IG Chemie in Hamburg-Harburg 5000 Arbeitsplätze gefährdet sieht, weiß das Handelsblatt von der „ungewissen Zukunft“ zweier „Arbeitsplätze“ zu berichten: der der beiden Vorstandsvorsitzenden Weinlig und Hahn.

Bedeutende Veränderungen in der Struktur der Flugzeugindustrie wird die von der Bundesregierung erwogene „Neuordnung“ mit sich bringen: Aus den drei Flugzeugherstellern „Messerschmitt-Bölkow-Blohm“ (MBB), „Vereinigte Flugtechnische Werke – Fokker“ (VFW) und Dornier soll ein einheitlicher Konzern gebastelt werden. Parallel dazu sind ähnliche Vorgänge in Frankreich und Großbritannien zu beobachten. Nicht nur über direkte Kapitalbeteiligungen, sondern auch über umfangreiche Subventionen ist die Verflechtung privaten und öffentlichen Kapitals bereits so weit gediehen, daß sich bei diesen Überlegungen militärische, politische und ökonomische Aspekte nicht mehr voneinander trennen lassen (vgl. Frankfurter Allgemeine v. 3. September 1977).

Die Parallelentwicklung von Fusionen auf der einen und Unternehmenszusammenbrüchen auf der anderen Seite legt schon rein äußerlich die Vermutung nahe, daß beides nur zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Bestätigung erfährt diese Vermutung unlängst aus Kreisen der im VDMA zusammengeschlossenen Hersteller von Präzisionswerkzeugen, die meist noch mittelständisch organisiert sind.

Das „Preisdictat“ der Groß- und Konzernunternehmen führe zu einem dauernden „Substanzverzehr“ bei den Werkzeugherstellern. Jene benutzten ihre Nachfragemacht rücksichtslos, um Konditionen durchzusetzen, die für diese nicht mehr kostendeckend seien (Frankfurter Allgemeine v. 28. September 1977). Wenn solche Offenheit der Sprache bei Unternehmern auch selten ist und zudem in der Wirtschaftspresse bestenfalls mit einer kurzen Notiz erwähnt wird, so ist der Vorgang doch symptomatisch für viele Bereiche, in denen Konzerne kleinen Zuliefererunternehmen gegenüberstehen.

Auch die letzten vorliegenden Zahlen zeigen, daß der „Bereinigungsprozeß“ unvermindert anhält. In den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres wurden bei den Amtsgerichten 6476 Insolvenzverfahren registriert, 375 Fälle oder 6,1 Prozent mehr als im Jahre 1976. Obwohl davon fast ausschließlich kleine Betriebe betroffen sind, kommen doch immer wieder auch bedeutende Unternehmen in Schwierigkeiten. So hat in der jüngsten Vergangenheit die fünfgrößte Reederei der BRD, Schulte & Bruns mit etwa 1700 Beschäftigten, den Konkurs angemel-

det. Sie ist damit Opfer einer Entwicklung geworden, die mit dem unkontrollierten Aufbau von Überkapazitäten in der Frachtschiffahrt vor-gezeichnet war und z. B. bei Tankern zu einem „Tonnageüberhang“ von etwa 30 Prozent geführt hat.

## 3 Lage der Arbeiterklasse

## 3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter hat sich – nach einem leichten Aufschwung, der von Mitte 1976 bis Mitte 1977 reichte – wieder verlangsamt.

Die Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute für das zweite Halbjahr 1977 dürfte inzwischen schon als zu optimistisch überholt sein: Die

## Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Prozent

	1974	1975	1976	1977 <sup>1</sup>	1. Hj.	2. Hj. <sup>1</sup>
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit <sup>2</sup>	+10,0	+4,1	+7,1	+7,0	+7,5	+6,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+7,8	+3,6	+3,8	+6,0	+5,9	+6,0
Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	+9,8	+7,2	+4,3	+6,0	+5,6	+6,0
Reale Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	+2,6	+1,2	-0,1	+1,9	+1,7	+2,0

<sup>1</sup> Schätzung des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute  
<sup>2</sup> Einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/77, S. 567; DIW-Wochenbericht 42-43/77, A. 373; WSI-Mitteilungen 3/77, S. 199; IPW-Berichte 9/77, S. 25)

Lohnndrift<sup>1</sup>

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<b>Arbeiter</b>										
Effektivlöhne	+8,2	+5,8	+5,9	+6,5	+6,1	+8,3	+7,9	+8,3	+7,6	+6,9
Tariflöhne	+10,6	+9,3	+7,9	+7,3	+5,1	+5,7	+5,5	+5,6	+6,9	+6,8
Lohnndrift	-2,4	-3,5	-2,0	-0,8	+1,0	+2,6	+2,4	+2,7	+0,7	+0,1
<b>Angestellte</b>										
Effektivgehälter	+9,5	+8,7	+6,6	+7,3	+6,3	+6,4	+7,1	+7,5	+7,2	+7,2
Tarifgehälter	+10,1	+8,5	+7,4	+7,1	+4,5	+5,5	+5,6	+5,5	+6,5	+6,6
Lohnndrift	-0,6	+0,2	-0,8	+0,2	+1,8	+0,9	+1,5	+2,0	+0,7	+0,6

<sup>1</sup> Differenz zwischen Entwicklung der Tarif- und Effektivverdienste in %  
(Quelle: DIW-Wochenbericht Nr. 45/77, S. 390)

Inzwischen dürfte die Lohnndrift bereits negativ geworden sein, d. h., die Effektivlöhne wachsen langsamer als die Tarifeinkommen.

Doch selbst wenn die Tarifloohnerhöhungen effektiv werden, dann werden Lohnndrift unter 6 Prozent 1978 zu realen Einkommensrückgängen führen.

Nominalloohnerhöhungen 1977/78<sup>1</sup>

	Kein Reallohnzuwachs	2 % Reallohnzuwachs	4 % Reallohnzuwachs
Ledig	+6,4	+9,5	+12,4
Verheiratet	+5,2	+7,7	+10,0

<sup>1</sup> Bei einem Bruttogehalt von 2000,- DM monatlich 1977  
(Quelle: Berechnet nach „Capitat“, 9/77, S. 46)

Zwar verschieben die inzwischen beschlossenen Steuervergünstigungen dieses Verhältnis etwas zugunsten der Lohnabhängigen. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß Lohnndrift unter 6 Prozent notwendig sind, soll bei einem angenommenen realen Wirtschaftswachstum von 4 Prozent 1978 („Herbstgutachten“) die Nettoeinkommensposition der Arbeiterklasse im kommenden Jahr nicht verschlechtert werden.

Entwicklung von Beschäftigung und Lohnndrift ist nach den inzwischen vorliegenden Daten negativer verlaufen als ursprünglich angenommen.

Zudem hat sich die Entwicklung der Tarifeinkommen leicht verlangsamt. Unternehmer, Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute möchten diese Tendenz in den bevorstehenden Lohnverhandlungen noch verstärken. So geht das „Herbstgutachten“ von Tarifabschlüssen deutlich unter 6 Prozent aus. Ludwig Poullain, Vorsitzender der öffentlichen „Westdeutschen Landesbank“, hält Lohnndrift zwischen 4,5 und 5,5 Prozent für „angemessen“. Der „Sachverständigenrat“ fordert Abschlüsse um 3,5 Prozent.

Tariflöhne und -gehälter<sup>1</sup>

	Gesamtwirtschaft	Industrie
1970	+13,0	+14,4
1971	+13,3	+14,2
1972	+9,1	+8,6
1973	+10,3	+10,1
1974	+12,5	+12,5
1975	+8,5	+9,1
1976	+5,9	+6,2
1977, 1. Vj.	+6,9	+7,9
2. Vj.	+6,9	+7,5
3. Vj.	+6,7	+7,0

<sup>1</sup> Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/77, S. 69)

Zunehmende Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden führen neben dem wachsenden Druck der Unternehmer auf tariflich nicht abgesicherte Lohnbestandteile – z. B. durch Kürzung der Weihnachtsgelder oder der Jahresabschlußzahlungen wie bei der BASF – zu einem Rückgang der Lohnndrift.

## 3.2 Steuern

Die Steuern stehen gegenwärtig im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Steuererleichterungen stellen den Schwerpunkt wirtschaftspolitischer Regulierungsmaßnahmen dar, entsprechend dem ungebrochenen „Vertrauen“ der Bundesregierung in die „Selbstheilungskräfte“ des Marktes. Die Grundlage dieser Politik besteht in der Annahme, eine Verbesserung der Unternehmenserträge würde quasi automatisch zu verstärkter Investitionstätigkeit und damit zur Konjunkturbelebung führen. Auch durch noch so offensichtliche Mißerfolge ist diese Strategie nicht totzukriegen: Ihre Grundlage ist nicht etwa eine Analyse tatsächlicher wirtschaftlicher Zusammenhänge, sondern die nackte Interessengegebenheit der Wirtschaftspolitik.

Selbst Maßnahmen, die auf den ersten Blick eine wirtschaftspolitische Neuorientierung darzustellen scheinen – gemeint sind die Steuererleichterungen für Arbeiter und Angestellte –, gehören in Wirklichkeit ebenfalls zu dieser Unternehmerstrategie: Wie die Diskussion und die propagandistische Vorbereitung der Tarifrunden durch Unternehmer, „Wirtschaftswissenschaft“ und Bundesregierung zeigen, sollen die Steuerentlastungen voll auf die Lohnndrift angerechnet werden. In Wirklichkeit sollen nicht die Lohnabhängigen Reallohnverbesserungen erhalten. Es wird vielmehr ausschließlich eine Kostenentlastung der Unternehmer angestrebt.

Eine Einordnung der beschlossenen steuerlichen Maßnahmen – soweit sie die Löhne und Gehälter betreffen – muß die völlig veränderte Rolle der Lohnsteuer für die Finanzierung der staatlichen Tätigkeit berücksichtigen.

#### Lohnsteuer und Steueraufkommen<sup>1</sup>

	Gesamtaufkommen in Mrd. DM	Lohnsteueraufkommen Mrd. DM	% <sup>2</sup>
1950	16,1	1,8	11,2
1960	56,8	8,1	14,3
1970	134,1	35,1	26,2
1976	222,4	60,6	36,2

<sup>1</sup> Bund und Länder; <sup>2</sup> Anteil am Gesamtaufkommen in %  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/77, S. 55\*)

Es ist nicht nur das Gewicht der Lohnsteuern ständig gestiegen, der Anstieg hat sich sogar – trotz der Steuerreform 1975 – beschleunigt.

#### Steuereinnahmen 1977<sup>1</sup>

	Mrd. DM	in % geg. Vorjahr
Gesamtaufkommen	192,8	+13,2
Lohnsteuern	62,8	+14,1

<sup>1</sup> Bund und Länder, im Zeitraum Januar bis September 1977  
(Quelle: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 114/77, S. 1043)

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den letzten Jahren immer mehr Angestellte mit ihrem Einkommen die Grenze überschritten haben, von der ab sie zur Einkommensteuer veranlagt werden, in den Statistiken also nicht mehr als Lohnsteuerzahler auftauchen.

Die in den letzten Monaten beschlossenen Steuererleichterungen ändern an der Entwicklungstendenz der Lohnsteuer nichts, sie verzögern sie lediglich etwas.

Das zeigt auch das Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung.

#### Steuerschätzung der Bundesregierung

	1977		1978		1979		1980	
	Mrd. DM	% <sup>1</sup>	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Gesamt- auf- kommen <sup>2</sup>	299,8	+11,8	325,0	+ 8,4	351,8	+ 8,2	382,0	+ 8,6
Lohn- steuer	92,0	+14,1	103,5	+12,5	117,5	+13,5	134,0	+14,0

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Bund, Länder und Gemeinden  
(Quelle: Handelsblatt v. 1. 9. 77)

Neben einer Reihe anderer Maßnahmen fallen drei Maßnahmenkomplexe ins Gewicht:

- Das „Steueränderungsgesetz 1977“. Es beinhaltet eine Erhöhung verschiedener Sonderausgabenbeträge bei der Lohn- und Einkommensteuer. Außerdem wird das Kindergeld erhöht. Der Hauptinhalt dieses „Steuerpakets“ aber ist für die Unternehmer bestimmt: Demnach werden die Gewerbe- und Vermögensteuern kräftig gesenkt.
- Das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung“. Demnach wird der Weihnachtsfreibetrag um 300 DM und der Grundfreibetrag um 300/600 DM (Ledige/Verheiratete) heraufgesetzt. Außerdem wird ein „Tariffreibetrag“ von 510/1020 DM eingeführt. Auch dieses „Paket“ bringt den Unternehmern viel: die Erweiterung der degressiven Abschreibung mit der Folge von Steuerersparnissen.
- Die Mehrwertsteuererhöhung um 0,5 bzw. 1 Prozent. Ähnlich wie diese wird sich die Verdoppelung der Steuer auf Heizöl auswirken.

Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums werden die verschiedenen Maßnahmen 1977/78 eine Entlastungswirkung von insgesamt 16,6 Milliarden DM haben, während die Mehrwertsteuer zusätzliche Belastungen von 5,3 Milliarden DM, die Heizölsteuer von 0,5 Milliarden DM bewirkt. Wenn diese Zahlen auch betont optimistisch gefärbt sind, so sind die Auswirkungen doch als insgesamt bedeutsam zu bezeichnen.

Allerdings wirken die Maßnahmen jeweils in sehr unterschiedlicher Weise. Da sind einmal die direkten Vergünstigungen für die Unternehmen in Höhe von 4 Milliarden DM. Hinzuzurechnen sind verschiedene Maßnahmen wie die Einführung der Abzugsfähigkeit der Berufsausbildungsabgaben, die Erhöhung der Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen von 7,5 auf 15 Prozent, Zinszuschüsse für wärmedämmende Investitionen usw., deren Umfang nicht genau abzuschätzen ist. Auf dem Verordnungswege – nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit – werden zudem laufend neue Vergünstigungen eingeführt. Dazu gehört die Erhöhung der Reisespesensätze und die per Erlass des Bundesfinanzministeriums vom 21. Juni 1976 verfügte Möglichkeit der Unternehmen, für nichtgeleisteten Urlaub und für „abzubrechende“ Überstunden steuersparende Rückstellungen zu machen. Da praktisch in jedem Unternehmen zum Jahresende so ein „Überhang“ an Urlaub und Überstunden existiert, bedeutet das einen immerhin nennenswerten Finanzierungsbeitrag, den der Staat den Unternehmen leistet.

Vorwiegend oder ausschließlich für Lohn- und Gehaltsempfänger entlastend wirkt die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags (Gesamtaufwand 2,1 Milliarden), der Tariffreibetrag (etwa 3,6 Milliarden) und die Erhöhung des Grundfreibetrags (3,6 Milliarden). Allerdings steigt die Entlastungswirkung auch hier – mit Ausnahme des Grundfreibetrags – mit der Einkommenshöhe.

Vorwiegend den oberen Einkommensschichten kommt die erweiterte Sonderausgabenregelung zugute (Auswirkungen 1977/78: 1,3 Milliarden).

Irreführend ist es, daß in diesem Zusammenhang auch die Erhöhung des Kindergelds um insgesamt 1,7 Milliarden genannt wird. Denn während nach der alten Regelung vor der Steuerreform die Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge mit wachsender Steuerlast jedes Jahr zunahm, verliert das Kindergeld im Zuge der Inflation jährlich an Wert. Die Erhöhung um insgesamt durchschnittlich 12 bis 13 Prozent gleicht den seit 1975 eingetretenen Wertverlust jedenfalls nicht aus.

Den für die Lohnabhängigen positiven Effekten steht negativ die Mehrwertsteuererhöhung gegenüber, die zum größten Teil aus ihren Einkommen getragen werden muß.

Soll die „Entlastungswirkung“ der Steuerreform nach ihrer sozialen Verteilung untersucht werden, dann muß das vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung der Besteuerung geschehen. Denn die „Entlastungswirkung“ für die Arbeiter und Angestellten ergibt sich nur aus einem Vergleich mit der Mehrbelastung infolge der Steuerprogression. Sie ist in Wirklichkeit nur fiktiv. Tatsächlich wird die prozentuale Belastung der Arbeitseinkommen mit der Lohnsteuer 1978 nicht zurückgehen, es wird lediglich ein Jahr Pause beim Anziehen der Lohnsteuerschraube eingelegt. Das zeigt die Entwicklung der „Lohnsteuerquote“, die die prozentuale Belastung der Bruttolöhne und -gehälter durch die Lohnsteuer angibt.

#### Lohnsteuerlastquote in Prozent

	1950	1965	1974	1981 <sup>1</sup>
	4,4	8,6	16,8	ca. 20

<sup>1</sup> Vorausberechnung des Ifo-Instituts, unter Berücksichtigung der Maßnahmen von 1977  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 26/77, S. 4)

Während sich die Quote zwischen 1965 und 1974 jährlich um etwa 0,5 bis 0,9 erhöhte, wird sie zwischen 1976 und 1981 um jährlich 1 Prozent steigen. Das zeigt, wie stark die „Reform“ von 1975 die Progression verschärft hat, in Wirklichkeit also nicht die Entlastung, sondern eine verstärkte Belastung durch die Lohnsteuer bewirkt hat. 1981 wird sie – trotz Maßnahmen für 1977/78 – 37 Prozent des gesamten Steueraufkommens stellen – nach gegenwärtig „nur“ 31 Prozent.

Dagegen sind die Maßnahmen zugunsten der Unternehmer nur ein weiterer Schritt zur Senkung der steuerlichen Belastung. Wie der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzministerium, Obergeld, Anfang des Jahres ausführte, ist die Steuerbelastung der Unternehmer in den letzten 25 Jahren eher zurückgegangen. Durch vielfältige Maßnahmen haben diese allein seit 1972 etwa 20 Milliarden DM an Steuern gespart (Frankfurter Rundschau vom 23. März 1977).

#### 3.3 Preise

Nach einer zur Jahresmitte hin spürbaren leichten Beschleunigung der Preisentwicklung hat sich das Tempo im 3. Vierteljahr 1977 wieder et-

was verlangsamt. Die Schwankungen der Preissteigerungsraten sind allerdings relativ gering.

#### Lebenshaltungskosten 1977<sup>1</sup>

	Lebenshaltungskosten insgesamt in %		ohne Saisonwaren in %	
	gegenüber Vormonat	gegenüber Vorjahresmonat	gegenüber Vormonat	gegenüber Vorjahresmonat
Januar	+0,9	+4,1	+0,7	+4,0
Februar	+0,6	+4,0	+0,4	+3,9
März	+0,3	+3,9	+0,4	+4,0
April	+0,5	+3,8	+0,3	+3,9
Mai	+0,4	+3,8	+0,4	+4,0
Juni	+0,5	+4,0	+0,2	+4,2
Juli	-0,1	+4,3	+0,3	+4,3
August	-0,1	+3,9	+0,3	+4,2
Sept.	-0,1	+3,7	+0,3	+4,2
Oktober	+0,1	+3,8		

<sup>1</sup> Alle Haushalte in Prozent  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/77, S. 673)

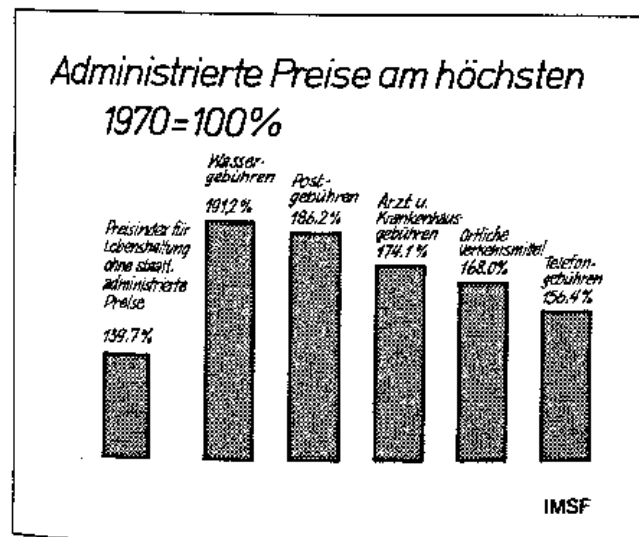
Stabilisiert wurde die Preisentwicklung vor allem durch Saisonwaren, die in diesem Jahr saisonal stärker im Preis gesunken sind als im Vorjahr. Da dieser Effekt gegen Jahresende nachlassen wird, ist nun wieder mit einer etwas erhöhten Preissteigerungsrate für die nächsten Monate zu rechnen. Schon im Oktober war das spürbar.

Einen deutlichen Auftrieb werden die Preise aber voraussichtlich erst zum Jahresbeginn erfahren: einmal tritt die Mehrwertsteuererhöhung in Kraft, die den Preisindex allein um etwa 0,7 Prozent nach oben verschieben wird.

Hinzu kommen die Auswirkungen der bereits beschlossenen Preiserhöhungen im Energiesektor. Die meisten Energieversorgungsunternehmen werden ihre Preise zum Januar 1978 anheben, ebenso die Ruhrkohle AG. Ebenfalls zum 1. Januar 1978 wird die Steuer auf leichtes Heizöl von 10 auf 20 DM je Tonne erhöht werden. Die „Verstromungsnovelle“ bringt eine Erhöhung des „Kohlepfennigs“ mit sich, durch den der Einsatz von Steinkohle in der Elektrizitätswirtschaft auf Kosten der Verbraucher subventioniert wird.

Gleichzeitig planen viele öffentliche Nahverkehrsunternehmen kräftige Preisanhebungen.

Viele dieser Maßnahmen sind Ausdruck der von den Unternehmern geforderten und der Bundesregierung realisierten „Sparstrategie“. Eine Vielzahl der öffentlichen Leistungen, die traditionell aus den öffentlichen Haushalten mitfinanziert wurden, sollen allmählich derart verteuert werden, daß sie dem Bürger nur noch „kostendeckend“, d. h. ohne Zuschüsse, angeboten werden. Infolgedessen sind die staatlich „administrierten Preise“ in der letzten Zeit überproportional gestiegen.



Gedankt wird der Bundesregierung die Erfüllung dieser Unternehmerwünsche allerdings nicht. Sie, die am heftigsten nach „kostendeckenden“ Preisen für Straßenbahn und Post rufen, scheuen sich nicht, die Bundesregierung in ihrer Propaganda dann als die schlimmsten Preisteiler hinzustellen.

Während die Verbraucherpreise ihr Steigerungstempo nicht wesentlich verändern, hält die Verlangsamung der Preisentwicklung bei den Industriepreisen an.

#### Ausgewählte Preisindizes in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrielle Erzeugerpreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise
1. Hj. 1977	+3,8	-2,9	+3,8
Juli	+2,2	0,0	+4,3
August	+1,9	-4,4	+3,7
September	+1,7	-4,0	+3,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/77, S. 673; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/77, S. 68\*)

Die Tendenz bei den Industriepreisen ist allerdings wesentlich den seit März dieses Jahres sinkenden Dollarpreisen für Rohstoffe zu verdanken. Verstärkt wird diese Entwicklung durch den Aufwertungsdruck der DM, der die Importe verbilligt. Im September lag der Index der Einfuhrpreise sogar um ein Prozent unter dem Vorjahresstand. Die Rohstoffpreise waren im gleichen Monat international zwar noch 5,6 Prozent höher als im September 1976, da aber der Außenwert der DM gegenüber den Währungen der Handelspartner im Durchschnitt um 7,8 Prozent höher war, konnten die bundesdeutschen Konzerne die Rohstoffe absolut billiger einkaufen als im Vorjahr.

#### 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Die Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr 1977 ergaben zwischen 6 und knapp über 7 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen (mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes von nur 5,3 Prozent). Sie lagen damit keinesfalls spürbar über den Abschlüssen der Krisenjahre 1974/75 und 1975/76. Diese Tendenz setzte sich auch im weiteren Verlauf der Tarifrunde 1977 fort. Nach langwierigen Verhandlungen wurden in einigen Bereichen der Bekleidungsindustrie im Oktober Lohnerhöhungen zwischen 6,4 und 6,8 Prozent erzielt mit einer Urlaubsverlängerung von einem Tag. Im Groß- und Einzelhandel des Saarlandes wurde im September zwischen 6 und 6,6 Prozent abgeschlossen. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff setzte in mehreren Bereichen Lohnerhöhungen zwischen 6,5 und 7 Prozent durch. Die GHK, die in den vergangenen Jahren regelmäßig Arbeitskämpfe durchführen mußte, begann die neuen Verhandlungen der Tarifrunde 1977/78 mit Schwerpunktstreiks im Karosseriebauhandwerk Niedersachsen/Bremen in Hannover und Bremen. Der Arbeitskampf wurde im Oktober durch eine Urabstimmung beendet, bei der 55 Prozent einem Kompromiß zustimmten, der eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,65 Prozent vorsieht.

Ausdruck für die verschärfte Gangart der Unternehmer in den Tarifauseinandersetzungen ist die Situation in der Spirituosenindustrie und im Weinhandel Bayerns. Dort hatten im Frühsommer 1977 die Unternehmer den Tarifvertrag gekündigt und eine Kürzung der Löhne und Gehälter um 2 Prozent verlangt. Da an der Forderung der Unternehmer nach Lohnabbau nicht nur die Tarifverhandlungen, sondern auch das Schlichtungsverfahren scheiterte, herrscht in diesem Bereich seit dem 1. Juli ein tarifloser Zustand.

Mit der Kündigung der Tarife für die rund 210 000 Beschäftigten in der Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück zum 31. Oktober wurde die Tarifrunde 1977/78 eingeleitet. Weiterer Ausdruck für die provokative Strategie der Unternehmer ist die Forderung der Stahlindustriellen nach einer sechsmonatigen Verlängerung der gerade ausgelaufenen Verträge (vgl. dazu auch 3.1). Die große Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie beschloß mit 64 gegen 32 Stimmen eine Forderung nach siebenprozentiger Erhöhung der Löhne und Gehälter. Weiterhin wurde eine Änderung des Lohnrahmentarifvertrages mit dem Ziel verlangt, bei betrieblichen Umsetzungen das bisherige Einkommen der Arbeiter für die Dauer bis zu zwei Jahren zu sichern. Von betrieblichen Gewerkschaftsgremien waren Lohnerhöhungen bis zu 11 Prozent gefordert worden.

Die Folgen der technischen Rationalisierung in der Druckindustrie, aber auch in anderen Bereichen, stehen im Mittelpunkt von Tarifverhandlungen, die die IG Druck und Papier u. a. gemeinsam mit der HBV seit vielen Monaten mit den Unternehmerverbänden führt.

Ziel der Tarifverträge über die Einführung und Anwendung neuer Techniken, der elektronisch gesteuerten Texteingabe und -gestaltung,



ist die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Aufrechterhaltung beruflicher Qualifikationen und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Nachdem sieben Verhandlungsrunden ergebnislos verlaufen waren, wurden von den Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert erklärt und am 22. September beschlossen, das Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die sieben Verhandlungsrunden waren begleitet von einer Vielzahl von Protestaktionen in Druckereibetrieben. Während der sechsten Runde am 18./19. August in München legten 114 Beschäftigte der „Süddeutschen Zeitung“ für kurze Zeit die Arbeit nieder. Während der letzten Runde am 19./20. September unterbrachen bei der Firma Druck und Verlag in Kassel etwa 80 Beschäftigte für 15 Minuten und bei der „Frankfurter Rundschau“ etwa 200 Beschäftigte für 45 Minuten ihre Arbeit, um die gewerkschaftlichen Forderungen zu unterstützen.

Der bisherige harte Widerstand des Bundesverbandes Druck, insbesondere aber der Verleger in der Druckindustrie, läßt eine Zuspitzung des Tarifkonfliktes auch nach der Schlichtungsverhandlung am 17./18. November erwarten.

### 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Am deutlichsten spiegelt sich die erneut verschlechterte Situation am Arbeitsmarkt in der Beschäftigungsentwicklung wider. Nachdem im ersten Vierteljahr 1977 eine leichte Steigerung der Beschäftigtenzahl um 11 000 zu verzeichnen war (saisonbereinigt), sank sie im zweiten Vierteljahr um 40 000.

Einen gewissen Beschäftigungsausgleich stellt noch die Entwicklung im Dienstleistungsgewerbe dar, wobei auch der öffentliche Dienst

seine Beschäftigung – wenn auch nur noch stark verlangsamt – ausweitete. Besonders deutlich ist der Rückschlag in den konjunktur reagiblen Bereichen Industrie und Bauwirtschaft.

Noch deutlicher zeigt sich der Beschäftigungseinbruch an der Entwicklung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Während sie (bei den Arbeitern) im ersten Quartal in Industrie und Baugewerbe noch über dem Vorjahresstand lagen, ging ihre Zahl im zweiten Vierteljahr kräftig zurück. Verstärkte Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden zeigen, daß auch für die absehbare Zukunft mit keiner Besserung der Beschäftigungslage zu rechnen ist.

Für den Arbeitsmarkt deutet das auf eine bevorstehende weitere Verschlechterung hin, selbst wenn das in den offen ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen nur teilweise zum Ausdruck kommt.

#### Arbeitsmarkt 1977

	Arbeitslosa		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
1. Hj.	1077	-66	271	-156	237	-4
Juli	973	+28	210	+127	257	-19
August	964	+24	95	+29	255	-9
September	911	+12	158	+64	237	+4
Oktober	954	+10	198	+58	220	-1

(1) In 1000; (2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/77, S. 65)

Die Arbeitslosenquote liegt insgesamt im Oktober bei 4,2 Prozent. Überdurchschnittlich ist sie bei den Jugendlichen (unter 20 Jahren) mit 4,4 Prozent und bei den Ausländern mit 4,5 Prozent. Bei den Frauen ist sie mit 6 Prozent nahezu doppelt so hoch wie bei den Männern.

#### Beschäftigtenzahlen (saisonbereinigt)<sup>1</sup>

	1974	1975	1. Vj.	2. Vj.	1976	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	1977	2. Vj.
Insgesamt	22 152	21 386	21 228	21 266	21 303	21 364	21 375	21 335		
darunter:										
Landwirtschaft	278	269	268	267	265	265	264	262		
Industrie	8 599	8 054	7 839	7 827	7 826	7 846	7 864	7 843		
Baugewerbe	1 691	1 509	1 495	1 495	1 485	1 479	1 451	1 411		
Handel/Verkehr	4 210	4 093	4 071	4 072	4 078	4 085	4 085	4 084		
Dienstleistungen	6 249	6 350	6 432	6 473	6 510	6 544	6 560	6 586		

1 In 1000 Personen. Durch die Saisonbereinigung werden Schwankungen im Jahresablauf rechnerisch ausgeglichen  
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 45/77, S. 387)

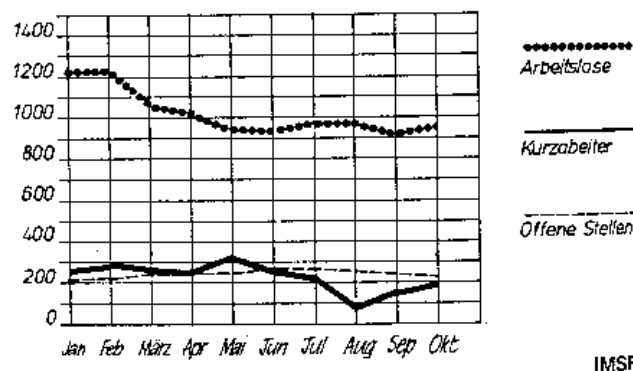
Wenig aussagekräftig aber ist vor allem die Statistik über die Jugendarbeitslosigkeit. Durch eine repräsentative Untersuchung ermittelte das „Bundesinstitut für Berufsbildung“ in Westberlin im Juni eine Zahl von 160 000 Arbeitslosen unter 20 Jahren. Bei den Arbeitsämtern waren gleichzeitig aber nur 96 000 registriert (Handelsblatt vom 19. September 1977).

Auch für die weitere Zukunft muß mit einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Selbst ein kräftiges Wachstum würde nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Nach Berechnungen des Münchener Ifo-Instituts müßte bis in die achtziger Jahre hinein eine jährliche Wachstumsrate von 6 Prozent erreicht werden, soll die Arbeitslosenquote auch nur auf 2 Prozent gedrückt werden („Vollbeschäftigung“ nach der Definition des Ifo-Instituts). Das aber wurde noch nicht einmal in den sechziger Jahren erreicht.

Bei einer Fortsetzung des Wachstumstrends mit einem jährlichen Zuwachs von 3,5 Prozent würde die Arbeitslosenzahl bis 1980 auf jahresdurchschnittlich 1,3 und bis 1985 auf 1,7 Millionen steigen. Dabei kalkuliert das Institut bereits eine Urlaubsverlängerung und die Beibehaltung des Zuwanderstopps für Ausländer ein.

Wenn es nicht gelingt, wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen durchzusetzen – wie die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnneinbußen, die Verlängerung der Schulzeiten, Vorschläge und theoretische Untersuchungen gibt es in großer Anzahl –, dann ist die Zeit nicht mehr weit, in der die Arbeitslosenzahl zu den saisonalen Beschäftigungstiefpunkten die Zweimillionengrenze erreichen kann.

#### Arbeitsmarkt 1977 in Tausend



Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, 5000 Köln, und Klaus Pickshaus, 3550 Marburg

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 11. 1977 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage. Abonnementspreis von 25,- DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,- DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.